

Wo ein Wille, da ein Budget

Es ist eine beispiellose basisdemokratische Aktion, die derzeit nicht nur die Betroffenen, sondern auch die Südtiroler Bevölkerung beschäftigt, zur Diskussion und auch zum Handeln anregt. Auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft „Audit Familie und Beruf“ der Stadtgemeinde Bruneck wurde eine Petition gestartet, die sich an den Südtiroler Landtag richtet und eine klare Forderung enthält, nämlich die Gehälter aller öffentlich Bediensteten ab sofort der realen Inflation in Südtirol anzupassen. Bisher (Redaktionsschluss am 18. 11.2024) haben bereits knapp 13.000 Südtirolerinnen und Südtiroler unterschrieben. Bis Ende Dezember ist eine Unterschrift noch möglich.

von Judith Steinmair



Die Brunecker Arbeitsgruppe, die aus der Arbeitsgemeinschaft „Audit Familie und Beruf“ hervorging.

Alljährlich verleiht das Land Südtirol und die Handelskammer Bozen ein Zertifikat an all jene Arbeitgeber, die Familienfreundlichkeit in ihrem Betrieb erfolgreich umsetzen und Vereinbarkeit zwischen Privatleben und Arbeit fördern. Die Stadtgemeinde Bruneck ist seit dem Jahr 2019 zertifiziert und auch rezertifiziert. Eine entsprechende Arbeitsgruppe, bestehend aus verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern des öffentlichen Dienstes aus unter-

schiedlichen Sparten, begleitet den Prozess und erarbeitet entsprechende Maßnahmen. Nun hat diese Arbeitsgruppe besagte Petition gestartet, da ihr Anliegen einer Inflationsanpassung der Gehälter für die öffentlich Bediensteten bei Gesprächen mit verschiedenen Entscheidungsträgern bisher im Sande verlaufen ist. Worte reichen nicht mehr aus, es müssen endlich Taten folgen, so der Grundtenor in der Arbeitsgruppe,

die mit der Online-Petition seit nunmehr knapp einem Monat in die Offensive geht. Und auch wenn der Anstoß dazu in Bruneck erfolgt ist, so richtet sich die Petition an alle im gesamten Land, die in einem öffentlichen Dienst arbeiten. Und nicht nur an die, wie die Arbeitsgruppe unterstreicht, das Anliegen mittragen können, ja sollen bitmeschön gerne auch deren Familien, Partnerinnen und Partner, Freundinnen und Freunde,

Verwandte und Bekannte und ganz allgemein alle Menschen, da wir alle in irgendeiner Form öffentliche Dienste in Anspruch nehmen. Allzu oft nehmen wir die entsprechenden Dienstleistungen als selbstverständlich wahr, was das Fehlen oder ein schlechtes Funktionieren der öffentlichen Dienste für unser Alltagsleben denn schlussendlich bedeuten würde, wird einem bewusst, wenn man sich die Bandbreite der Dienstleistungen und ihre grundlegende Bedeutung für die Gesellschaft vor Augen führt.

DER ÖFFENTLICHE DIENST

Auch in der Petition selbst werden einige Beispiele für die Leistungen im öffentlichen Dienst angeführt, die unter anderem wären: In den Menschen Gerichte für Kinder und Jugendliche, für alte und kranke Menschen zubereiten; In den Gesundheitsrichtungen dafür Sorge tragen, dass Menschen gesund bleiben und wieder gesund werden; Kinder und Jugendliche unterrichten; Straßen, Wasserleitungen ... und öffentliche Gebäude instandhalten; die Schneeräumung

gewährleisten; Aufträge an private Firmen vergeben; Gesuche und Anträge bearbeiten; Personalausweise ausstellen; alte und kranke Menschen pflegen; sich um Menschen mit Beeinträchtigung kümmern; für die Sicherheit der Menschen Sorge tragen; die Müllentsorgung und Wertstoffsammlung organisieren; öffentliche Flächen reinigen und pflegen; Rad- und Fußwege bereitstellen; die Durchführung der Wahlen als demokratische Grundlage unseres Landes gewährleisten; die Programme der politischen Vertreterinnen und Vertreter umsetzen und vieles mehr...

DIE FORDERUNG

Es geht nicht um eine Gehaltserhöhung, betonen die Promotorinnen und Promotoren der Aktion, sondern um eine Anpassung der Gehälter an die reale Inflation in Südtirol. Diese liegt für den Zeitraum Januar 2019 bis September 2024 bei 21,3 Prozent (Quelle: AS-TAT-Bestätigung vom 17.10.2024, Nr. 124950). Der Aufruf geht an den Südtiroler Landtag als gesetzgebendes Organ der Autonomen Provinz Bozen Südtirol, die rechtlichen Rah-

menbedingungen zu schaffen und die erforderlichen Geldmittel im Haushalt der Provinz vorzusehen.

DER STATUS QUO

Im Dezember wird das Haushaltsgesetz für den Dreijahreszeitraum 2025-2027 vom Landtag verabschiedet. Mit diesem Gesetz werden die Geldmittel definiert, die für die Vertragsverhandlungen zur Verfügung stehen. In Aussicht gestellt werden eine Akontozahlung für den Inflationausgleich in Höhe von 6,15 % (Quelle: Alto Adige vom 06.11.2024). Außerdem sind laut Dolomiten vom 6. November für 2025 Anpassungen von 8 % vorgesehen.

Abgesehen davon, dass die Inflation für den Zeitraum von Januar 2019 bis September 2024 laut ASTAT aber bei 21,3 % liegt, stellt sich die Frage: Was macht eine 8%-Anpassung netto wirklich aus, und wird sie auf das gesamte Nettoeinkommen berechnet oder doch nur wieder auf ein einziges Lohnelement? Ergo: Es gibt noch offene Fragen, und, gibt es auch noch Spielraum? Die PZ hat nachgehakt...

SONJA HARTNER UND HANNES OBERHAMMER: Stellvertretend für die Arbeitsgemeinschaft „Audit Familie und Beruf“

Die PZ hat sich, stellvertretend für die Arbeitsgruppe, mit Sonja Hartner und Hannes Oberhammer zum Gespräch getroffen:

PZ: Warum haben Sie diese Petition initiiert?

Hannes Oberhammer: Im Rahmen unserer Tätigkeit als Arbeitsgruppe Audit Familie und Beruf kamen wir irgendwann natürlich auch auf das Thema Gehalt in Zusammenhang mit der Inflation zu sprechen. Seit eineinhalb Jahren beschäftigen wir uns nun intensiv mit diesem Anliegen, weil eine Auseinandersetzung damit einfach überfällig war. Es geht in unserer Argumentation rein um den Kaufkraftverlust der vergangenen Jahre. Seit 2019 beläuft sich dieser, laut ASTAT, auf 21,3 %, seit 2009 auf fast 45%. Inflationsanpassungen der Gehälter der öffentlich Bediensteten hat es indes kaum gegeben, in den letzten sechs Jahren lediglich etwas mehr als 5%, also weit unter dem effektiven Kaufkraftverlust. Das kann doch nicht sein! Wir sollten uns folgenden Vergleich vor Augen führen: Keine Firma, kein Geschäft arbeitet noch mit Preisen aus den Jahren 2009 oder 2019. Das Bewusstsein, dass es Preissteigerungen bei den Rohstoffen und der Energie gegeben hat, ist hinsichtlich der Privatwirtschaft offensichtlich da, bei Ausschreibungen wurden beispielsweise während der Energiekrise die Landesrichtpreise um über 30% erhöht – ohne Probleme! Bei den Forderungen für Infla-



Hannes Oberhammer



Sonja Hartner

tionsanpassungen der Gehälter derjenigen, die die öffentlichen Dienste gewährleisten, passiert seit Jahren nichts!

Sonja Hartner: Wir sind der festen Überzeugung, dass für 43.500 Menschen im öffentlichen Dienst die Anpassung an die Inflation ein Gebot der Stunde ist. Es wird alles immer teurer, von Lebensmitteln über das Wohnen, von der Energie bis hin zur Freizeitgestaltung. Viele Menschen kommen mit ihrem Gehalt nur knapp über die Runden und ha-

ben das Gefühl, nicht gehört zu werden. Die zahlreichen Kommentare auf unserer Petitionssite sprechen eine deutliche Sprache... Mit unserer Petition wollen wir deshalb auch zeigen, wie viele betroffen sind und dass sie durchaus eine Stimme haben.

Wie viele sind denn betroffen? Die Petition richtet sich ja grundsätzlich an alle...?

Hannes Oberhammer: Genau. Zum einen wollten wir mit der Petition bewusst alle >>

öffentlich Bediensteten mitelbeziehungen, nicht nur von den Gemeinden, sondern auch von der Sanität, Schule, Kindergärten, Pflege- und Altersheimen, die Landesangestellten in der Verwaltung, beim Straßendienst und bei der Forst usw., deren Angehörige, Bekannte, Freundinnen und Freunde. Darüber hinaus betrifft es aber im Grunde alle Bürgerinnen und Bürger, die die vielfältigen Dienstleistungen in den unterschiedlichsten Bereichen in Anspruch nehmen.

Sonja Hartner: Die Petition zielt natürlich vorrangig auf eine reale Inflationsanpassung der Gehälter der unmittelbar Betroffenen ab. Auf der anderen Seite wollen wir damit aber auch ganz allgemein zu einer Diskussion über den Wert und die Bedeutung des öffentlichen Dienstes anregen. Der öffentliche Dienst stellt eine wesentliche Säule unserer Gesellschaft dar und darf somit auch etwas kosten, um den Anforderungen unserer hochkomplexen, entwickelten Gesellschaft Rechnung zu tragen. Ohne den öffentlichen Dienst hätten wir viele dieser Dienstleistungen nicht. Wir sollten uns also die Frage stellen: Was wäre, wenn es den öffentlichen Dienst nicht gäbe? Wenn Dienste privatisiert würden? Erfahrungsgemäß wird es dann teurer und funktioniert meist schlechter.

Haben Sie denn mit Ihrem Anliegen bisher noch nirgends angeknüpft?

Hannes Oberhammer: Doch schon. Wir haben etliche Gespräche geführt. Wir haben uns an den Gemeindeverband, an politische Vertreterinnen und Vertreter sowohl aus der Mehrheitspartei als auch aus der Opposition gewandt. Beim Landeshauptmann haben wir ebenfalls schon einige Male angefragt, bisher allerdings ohne Erfolg. Es war uns auch wichtig, mit den Gewerkschaften Gespräche zu führen. Es sind die Gewerkschaften und nicht wir, die an den Verhandlungstischen sitzen.

Entnehme ich daraus, dass sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hierzulande allein gelassen fühlen?

CLAUDIO SCRINZI

Gewerkschaftsvertreter des SGB/CISL

Drei Fragen an den Gewerkschaftsvertreter des SGB/CISL, Claudio Scrinzi:

PZ: Wie sehen Sie den Inhalt der Petition, unterstützt die Gewerkschaft das Anliegen?

Claudio Scrinzi: Als Fachgewerkschaft Öffentlicher Dienst im SGB/CISL finden wir es gut, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unsere Forderungen an den Verhandlungstischen durch eine Unterschrift

Sonja Hartner: Leider haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Südtirol keine politische Lobby mehr. Für über 120.000 Menschen – sprich die öffentlich Bediensteten plus ihre Familien gerechnet, also etwa ein Fünftel der Bevölkerung – gibt es keine politische Vertretung. Diese Tatsache ist schon verwunderlich und enttäuschend. Aber die Prioritäten sind offensichtlich anders gelegen. Es wurde verlaunbar, dass es im Landeshaushalt anscheinend keinen Spielraum gibt. Wie bitte? Wir verfügen über einen Landeshaushalt von fast acht Milliarden Euro und haben keinen Spielraum? Wie kann das sein?

Aber wurden denn nicht bereits entsprechende künftige finanzielle Zustände gemacht?

Hannes Oberhammer: Im Haushaltsentwurf des Landes sind 450 Millionen Euro aufgeteilt auf einen Zeitraum von drei Jahren, für die öffentlich Bediensteten vorgesehen. Von solchen Summen zu sprechen, ist aber immer ein wenig problematisch. Das klingt zunächst nach enorm viel Geld, aber wenn wir es herunterbrechen, schaut die Rechnung unermesslich für die bzw. den Einzelnen dann ganz anders aus, konkret wird dazu ja keine Auskunft erteilt. Wir setzen uns ein für eine reale Inflationsanpassung von 21,3% auf das gesamte Gehaltspaket. Und dafür müssen die Geldmittel bereitgestellt werden. Unser erklärtes Ziel ist es, auf die Haushaltsdebatte einzuwirken. Deshalb richtet sich unsere Petition auch an den Landtag, der das Haushaltsgesetz verabschiedet.

Aber wenn unser zuständiges politisches Entscheidungsgremium nicht das nötige Bewusstsein entwickelt, ist es dann nicht schwierig, bei der Bevölkerung die nötige Wertschätzung wachzurufen? Helfst es nicht womöglich, die von den öffentlichen Stellen wollen ja immer nur mehr Geld?

Hannes Oberhammer: Wir betonen das nochmals: Es geht nicht um eine Gehaltserhöhung, sondern rein um die längst überfällige Anpassung an die reale Inflation. Öffentlicher Dienst bedeutet so viel, von der Pflege

sammlung unterstützt. So sehen die öffentlichen Arbeitgeber, dass unsere Handlungsbedarf bei den Entlohnungen besteht, und es nicht nur die „üblichen“ Gewerkschaften, die Forderungen stellen. Über unsere Medienkanäle haben wir daher auch über die Petition informiert.

Nun wurden im Landeshaushaltsentwurf sehr wohl 450 Millionen Euro, abgeteilt auf drei Jahre, vorgesehen, aber

von Menschen über die Gesundheits- und die Bildungseinrichtungen, von der öffentlichen Sicherheit über die Instandhaltung von Infrastrukturen und öffentlichen Gebäuden bis hin zur Bearbeitung von Gesuchen und Anträgen, der Verwaltung vieler Einrichtungen und der Durchführung von demokratischen Wahlen, um nur einige Beispiele zu nennen. Die Anforderungen an und die Belastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst werden immer größer, der Anspruch der Gesellschaft ist gestiegen, mit Kritik wird alzu oft nicht gespart, und dabei wird das Personal immer weniger. Viele machen Überstunden, um das Pensum überhaupt bewältigen zu können, Dienst nach Vorschrift machen, ehrlich gesagt, die wenigsten.

Sonja Hartner: Viele Menschen im öffentlichen Dienst sind bereit, für ein zu geringes Gehalt das Beste zu geben, sie arbeiten mit ganz viel Herzblut und Idealismus, aber letztlich kann ich davon nicht meine Rechnungen bezahlen.

Und wie sieht die Prognose aus, sollte die Petition nichts bewirken?

Sonja Hartner: Wir haben in allen Bereichen unter dem Fachkräfte- und Personal-mangel zu leiden, auch im öffentlichen Dienst, und es ist eh schon schwierig, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden. Über kurz oder lang verliert die Arbeit im öffentlichen Dienst bei einer nicht adäquaten Entlohnung immer mehr an Attraktivität. Wir stecken diesbezüglich bereits in einer Krise, diese wird zwar gerne schöngeändert, die Anzeichen sind aber schon lange sichtbar für die, die sie sehen wollen... Nochmals zur Erinnerung: Aber was wäre, wenn es den öffentlichen Dienst nicht gäbe?

Se sind also zuversichtlich, dass Sie etwas bewegen können in der Haushaltsdebatte?

Sonja Hartner: Ich bediene mich eines Ausdrucks, den ich unlängst bei einer Debatte in der Deutschlandpolitik aufgeschnappt habe, und der den Nagel auf den Kopf trifft: Wo ein Wille, da ein Budget!

das entspricht nicht den konkreten Forderungen von 21,3 % auf das gesamte Gehalt. Versucht man damit nicht die öffentlich Bediensteten erneut mit „Brotkrumen“ abzuspelsen?

Claudio Scrinzi: Es ist schwierig abzuschätzen, was wir an Lohn erhöhungen erreichen werden. Für den Zeitraum 2019-2021 wurden die Gehälter bereits um 5,1% ab 1. Jänner 2023 erhöht, zusätzlich wurde ab 2020 eine zweie Quote der Zweiparitätigkeit an-

erkannt. Tatsache ist, dass die Haushaltsmittel auf Druck der Gewerkschaften immer wieder erhöht wurden. Wir setzen uns dafür ein, dass es endlich zu strukturellen Lohn-erhöhungen kommt und diese bereits mit dem nächsten Jahr starten.

Wie schätzen Sie die Erfolgchancen der Petition ein? Und worauf läuft es hinaus, sollte die längst überfällige Inflationsanpassung nicht endlich erfolgen?

Claudio Scrinzi: Wie gesagt, ich finde es wichtig, dass unsere Forderungen durch diese Petition unterstützt werden. Daher hoffe ich, dass die Arbeitgeberseite diesen Druck spürt und genügend Haushaltsmittel für den Inflationsausgleich zur Verfügung stellt.

// Interview: Judith Steinmaier

NB: Selbstverständlich waren wir als PZ auch bemüht, ein Statement hinsichtlich der Petition von Seiten der Politik einzuholen. Im konkreten Fall vom Zuständigen für die Finanzen, sprich von Landeshauptmann Arno Kompatscher. Nach dem Gesprächstermin mit der Arbeitsgruppe haben wir vergangene Woche um ein entsprechendes Kurzinterview gebeten, seine Einschätzung zu einem eventuellen Spielraum im Landeshaushalt oder zu Existenzängsten beziehungsweise zum Umnutz vieler öffentlicher Bediensteten und Ähnliches wäre für unsere Leserinnen und Leser in diesem Zusammenhang sicherlich interessant gewesen. Leider wurde uns von der Landesverwaltung aus zeitlichen Gründen kurz vor Drucklegung am Montagabend (18.11.2024) eine Absage erteilt.

STIMMEN ZUR PETITION

Dass das Thema vielen Menschen unter den Nägeln brennt, zeigen die zahlreichen Kommentare, die sich auf der Petitionssseite (und anderen) finden, bisher haben sich dort knapp 4.000 Bürgerinnen und Bürger zum Thema geäußert. Und sie zeichnen ein klares Bild: Die Lebenshaltungskosten in Südtirol steigen, die Gehälter stagnieren, vielen reicht das Wasser bis zum Hals... Im Folgenden einige Auszüge:

- Der öffentliche Dienst ist für alle Südtiroler unerlässlich. Die Politik hat es in den letzten Jahren verabsäumt „ihre“ Bediensteten korrekt zu entlohnen und die Gehälter anzupassen. Es ist beschämend!
- Es muss sichergestellt werden, dass essentielle Dienste, die der öffentliche Dienst garantiert, auch zukünftig in einer zufriedenstellenden Form angeboten werden. Aktuell ist der öffentliche Dienst äußerst unattraktiv und wir steuern auf einen besorgniserregenden Personal-mangel zu.
- Längst überfällige Anpassung. Gerechte



Claudio Scrinzi (Sgb/Cisl)

Entlohnung für systemrelevante Arbeit. Klatschen allein ist keine Wertschätzung.

- Ich bin als Akademikerin (-Lehrperson MS/OS) in Vollzeit (!!!) mit meinem Gehalt bald nicht mehr in der Lage, mich und meine Kinder zu versorgen. Und ich spreche von existenziellen Bedürfnissen wie Wohnungsmiete & Nahrungsmittel
- Es ist ein Unding ist, dass die Bediensteten im öffentlichen Bereich immer nur leere Versprechungen erhalten, dass die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen, Senioren, Kranken, usw. keinen Wert von Seiten der Politik erfährt, dass für unterschiedliche Dinge Geldmittel zur Verfügung stehen, aber bei den Bediensteten in Bildung und Sanität gespart wird.
- Als Südtirolerin im Ausland lebend, ist es mir ein Grauen zu sehen, dass die Real-löhne in meiner Heimat nicht angepasst und Leute zunehmend in prekäre Verhältnisse rutschen.
- Ich bin selbst öffentlich angestellt und

kann mir mit meinem Brutto Lohn von 1.600 € für eine befristete Vollzeitstelle das Leben nicht mehr leisten. Im Moment stehe ich vor der Entscheidung: Endlich Urlaub nach einem Jahr durcharbeiten oder doch die Zähne machen lassen? Ich muss abwägen, ob mir meine körperliche oder meine mentale Gesundheit wichtiger ist. Hier kann ich nur verlieren.

- Gerade die 40.000 öffentlich Bediensteten haben in den letzten Jahren den größten Kaufkraftverlust gehabt. Während die Lebenshaltungskosten in den letzten Jahren in Südtirol enorm gestiegen sind, sind die Gehälter nicht an der Inflation angepasst worden. Südtirol will überall die Besten sein, aber bei den Löhnen sind wir gegenüber anderen europäischen Ländern weit hinten. Bei so einem Landeshaushalt muss auch diese geforderte Inflationsanpassung der über 40.000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen drinnen sein.
- Es geht um Gerechtigkeit. Und wir brauchen Personen, die sich für die Stellen bewerben. Werden die Löhne nicht angepasst, bewerben sich diese in der Privatwirtschaft.
- Preise für Touristen, Löhne wie in Südtirol - diese Rechnung kann nicht aufgehen;
- Bei den gewaltigen Lohn erhöhungen für Führungskräfte gibt es nie Bedenken, die Angestellten hingegen werden mit Peanut abgespeist.
- Arbeit ist bezahlte Tätigkeit und jeder Arbeitnehmer hat ein Recht auf ein Auskommen mit seinem Einkommen, damit er in Würde leben kann und nicht zum Almosenempfänger der öffentlichen Hand degradiert wird. Warum erhöhen unsere Politiker sich immer wieder ihr bereits königliches Gehalt und vergessen dabei uns, die einfachen Leute?
- Südtirol kann das leisten! Es ist eine Frage des Willens!

INFO FÜR ALLE, DIE DIE PETITION UNTERSTÜTZEN MÖCHTEN:

Der Link zur Petition in deutsch:

<https://www.openpetition.eu/it/petition/online/inflationsanpassung-der-gehaelter-aller-oeffentlich-bediensteten-in-suedtirol-sofort-und-real>

Es ist möglich öffentlich und nicht öffentlich zu unterschreiben. Einfach den Namen und die E-Mail-Adresse eingeben.

Wichtig: E-Mail Mitteilung bestätigen!

Es besteht auch die Möglichkeit einen Unterschriftenbogen auszudrucken, dort auf Papier zu unterschreiben und diesen dann auf die Plattformen laden oder der Arbeitsgruppe zuzusenden: familie.beruf.bruneck@gmail.com

